

Ausgabe August 2011

pro+kontra

Stadtzeitung der DKP für Püttlingen

Landesregierung greift Sparempfehlungen von PWC auf:

Die Kaputtmacher sind gnadenlos

Einschnitte bei Kultur sollen durch Kommunen ausgeglichen werden

Noch im Monat Juni haben die Wirtschaftsprüfer der Beratungsgesellschaft Price-Waterhouse-Coopers (PWC) ein Gutachten für das Saarland vorgelegt.

Danach halten die PCW-Berater im Landeshaushalt in den nächsten Jahren Einsparmöglichkeiten von insgesamt 226 Millionen Euro für möglich, dies vor allem bei Bildung, Polizei und politischer Führung. Das sind jene Bereiche, wo das Saarland - bezogen auf die Einwohnerzahl - angeblich mehr ausgibt als die Vergleichsländer.

Finanzminister Peter Jacoby, der die Schuldenbremse schrittweise umzusetzen bemüht ist, hat dann auch gleich das Zahlenmaterial der Gutachter als „eine gute Grundlage“ (SZ 8.6.11) für die weiteren Beratungen bezeichnet. Prompt zwei Wochen später legte er einen Plan der Regierung vor, wonach

die Landesausgaben im kommenden Jahr um 81,5 Millionen Euro gekürzt werden sollen. Vor allem will man den Rotstift in großem Umfang bei der Kultur ansetzen. Der betreffende Etat von 32 Millionen soll halbiert werden, die „fehlenden 16 Millionen Euro“ müssten dann „die Kommunen ausgleichen“ (SZ 22.6.11).

Es ist schon ziemlich unverschämt, was die Landesregierung hier im Schilde führt. Nicht nur, dass die Kommunen schon seit Jahren zur Finanzierung der Krankenhäuser herangezogen werden, jetzt sollen die Städte und Gemeinden z.B. auch für die Erhaltung des Staatstheaters geradestehen. Ebenfalls soll beim Personal gespart werden, allerdings nicht bei den politischen Adlaten der Regierung. Gnadenlos wollen die Kaputtmacher der Jamaika-Koalition die Folgen ihrer verfehlten Politik auf

Burg Bucherbach nach Sanierung wieder geöffnet



Nach grundlegender Sanierung kann sich die Burgruine Bucherbach im neuen Glanz wieder sehen lassen. Am 30. Juli wurde sie im Rahmen eines gelungenen Weinfestes, unter Mitwirkung des Tambourvereins Köllerbach (Foto oben), wieder eröffnet. Ein interessantes Programm bot den zahlreichen Besuchern viel Unterhaltung und Entspannung.

40 JAHRE
pro+kontra

320. Ausgabe seit Erscheinen

Anlässlich des Jubiläums laden wir ein:

Kultur-
veranstaltung mit
Künstlern aus
Lateinamerika

Chilenische und argentinische Sänger bringen politische Songs und Folklore aus ihrer Heimat

Freitag, 11. Nov. 2011, 19.30 h

Ehemalige Stückguthalle
im Kulturbahnhofs Püttlingen

Eine Veranstaltung von Vorstand
& Fraktion der DKP-Püttlingen
mit Unterstützung des Bezirks-
vorstandes der DKP

die Kommunen und die Masse ihrer Bürger abwälzen. Das ist ungeheuerlich und muss von den Mandatsträgern in Städten und Gemeinden entschieden zurückgewiesen werden. Lesen Sie dazu auf Seite 2 den Kurzkomentar: „Die Sache mit den Prämissen“.

Reiche nicht länger schonen

„Das private Vermögen der Bundesbürger beträgt 9,4 Billionen Euro. Das ist gut 30 Mal so viel wie der gesamte Bundeshaushalt eines Jahres“ (So nachzulesen in der SZ v. 16.6.11). Hier ist nicht die Rede von den Millionen einfachen Menschen der Republik, weil sich der Reichtum auf eine Minderheit beschränkt, deren privates Geldvermögen sich in den letzten 15 Jahren verdoppelt hat.

Wir meinen, zur Konsolidierung der Haushalte muss dieser Punkt ins Blickfeld gerückt werden: Eine Vermögenssteuer ist längst überfällig. Diese Quelle muss durch saarländische Initiativen im Bundesrat endlich erschlossen werden.

Kurz kommentiert:

Die Sache mit den Prämissen

Auf der Titelseite berichten wir über Pläne der Landesregierung, im kommenden Jahr 81,5 Millionen Euro einzusparen. Es ist an dieser Stelle nicht möglich, auf einzelne „Sparvorschläge“ einzugehen, weil noch vieles offen ist. Interessant ist aber, von welchen Prämissen (Voraussetzungen) dabei ausgegangen wird.

Die Landesregierung setzt den Rotstift da an, wo es ihren Interessen und den eigenen Gewährsträgern am wenigsten weh tut. Die Anderen müssen sparen. Soll doch z.B. die Kultur sehen, wie sie nach der Halbierung des Etats zurecht kommt! Und Welch ein Hohn: Die Kommunen (die in den letzten Jahren schon über 350 Millionen Euro zur Sanierung des Landeshaushaltes beitragen mussten!) haben angeblich „von den gestiegenen Steuereinnahmen stärker profitiert als das Land“ (SZ 22.6.11), ergo sollen sie wieder zahlen.

Gleiche Brüder, gleiche Kappen. Auch bei PWC sind die Prämissen klar erkennbar. Das auf die Erzielung von Höchstprofitten eingeschworene Unternehmen, würde den Rotstift bei der Bildung ansetzen, obwohl gerade dieser Bereich für kommende Entwicklungen von erstrangiger Bedeutung ist. Auch bei der Polizei könnte ihrer Meinung nach gespart werden, weil die Folgen für die polizeiliche Präsenz in den Kommunen den Unternehmensberatern ziemlich gleichgültig ist. Hauptsache, ihre Kasse stimmt. In diesem Falle ganz gewiss, denn PWC kassiert für sein Gutachten recht üppig, rund 100.000 Euro!

Apropos Gutachten. Die Landesregierung hat in den letzten acht Jahren insgesamt 16 Millionen Euro für diverse Expertisen ausgegeben, allerlei Berater und Gutachter haben daran gut verdient. Allein über zwei Millionen Euro sahnte die besagte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PWC ab. Da braucht man sich über die Ergebnisse nicht zu wundern.

Nebenbei bemerkt kann man einem SPD-Abgeordneten zustimmen, der festgestellt hat: „Wer so viele Millionen zur Fremdberatung braucht, ist selbst wohl mit der Regierungs-Aufgabe überfordert.“



Neue Bürgerinitiative präsentiert untaugliche Rezepte:

„Leidenschaftliche Saarländer“ wollen die Selbständigkeit des Landes retten

Sie bezeichnen sich als „leidenschaftliche Saarländer“, die kein Interesse daran haben, dereinst „von Mainz aus regiert zu werden“ und haben deshalb eine Bürgerinitiative zur „Rettung des Saarlandes als eigenständiges Bundesland“ (SZ vom 5.8.11) gegründet. Mit K. Bohr, C. Krajewski, H. Georgi und S. Mörsdorf schlossen sich frühere Landesminister mit Uni-Professor Wahlster und Vertretern der Wirtschaft zusammen, um den „drohenden Bankrott“ des Landes abzuwenden.

Ohne ein „Zukunftskonzept 2020“ sei die Eigenständigkeit des Saarlandes massiv gefährdet, warnt die Initiative und fordert die saarländische Politik zu „harten und unpopulären Sparmaßnahmen“ auf. Noch liegt uns das 32-seitige Memorandum nicht vor, aber der mehr als halbseitige Beitrag in der SZ macht bereits deutlich, wohin die Reise gehen soll. Vertreter der Jamaica-Koalition sind voll des Lobes, weil das vorgelegte Konzept ihrer bisher vertretenen Politik entgegen kommt.

Wieder einmal werden meist untaugliche Rezepte aus der neoliberalen Mottenkiste gekramt, um den Bürgern das Grausen beizubringen.

Da ist von Auflösung der Landkreise, Zusammenlegung von Behörden und Gerichten, Bankenfusion, Kooperation zwischen den Gemeinden, Zusammenarbeit zwischen Uni und HTW sowie Verzicht auf Juristenausbildung und Schließung der Medizinischen Fakultät in Homburg die Rede.

Über den Vorschlag, den Landtag als Teilzeitparlament zu installieren, kann man sicher nachdenken. Dass aber „gemeinsame Trägereinrichtungen für Schwimmbäder, Hallen und Freizeiteinrichtungen“ in den Gemeinden geschaffen werden sollen, ist illusorisch, solange die dafür erforderlichen Mittel nicht bereitgestellt werden. Und danach sieht es nicht aus.

Die Schließung der Medizinischen Fakultät in Homburg wird von Uni-Präsident Linneweber zu Recht abgelehnt, weil eine „hervorragend aufgestellte Universität für das Land lebenswichtig“ ist. Eine bewährte Einrichtung würde dem Rotstift zum Opfer fallen und künftig noch mehr junge Saarländer veranlassen, das Saarland zu verlassen.

Das Schlimme an den Vorschlägen der „Bürgerinitiative“ - die sich wie ein lange erwarteter Erlöser aufspielt - ist die Tatsache, dass alle Überlegungen sich ausschließlich auf eine Ausgaben-Diskussion beschränken. Über mögliche Einnahme-Quellen wird garnicht erst nachgedacht. Das ist aber das Hauptproblem, denn ohne höhere Einnahmen sind die Probleme des Landes langfristig nicht zu lösen. Zu dieser Thematik gibt es in der vorliegenden Zeitung einige Überlegungen.

pro+kontra

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen - Entw. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Weiherbergstr. 51 - Eigendruck

Eine Püttlingerin jetzt Ministerpräsidentin im Saarland:

's Annegret avancierte zur „Landesmutter“

Am 10. August hat Annegret Kramp-Karrenbauer das Amt der Ministerpräsidentin des Saarlandes übernommen. Die 48-Jährige, welche bereits Ende Mai als CDU-Landesvorsitzende gewählt wurde, folgt damit auch in das zweite Spitzenamt von Peter Müller, der sich nach 16 Jahren an der CDU-Spitze und 12 Jahren im Saar-Kabinett aus dem Staub gemacht hat. Etliche Bürger unserer Stadt sind stolz darauf, dass „'s Annegret“ jetzt zur „Landesmutter“ aufgestiegen ist und erhoffen sich Vorteile für Püttlingen. Doch damit wird es nicht so weit her sein, weil auch eine im Köllertal aufgewachsene Politikerin nur mit Wasser kocht und die verfehlte CDU-Politik kaum völlig auf den Kopf stellen kann. Ob neue Nuancen der Landespolitik zum Tragen kommen, wird man abwarten müssen.

Als „starke Frau der Saar-CDU“ hat Annegret Kramp-Karrenbauer (kurz: AKK) schon viele Vorschusslorbeeren kassiert. Ihre Eigenschaften werden als „unideologisch, pragmatisch, kompetent, verlässlich und ehrgeizig“ bezeichnet (SZ vom 24.1.11). Zudem gilt sie bereits seit langem als „beliebteste Politikerin im Saarland“.

Die sich volkstümlich gebende Politikerin hat dazu einiges beigesteuert: Auftritte als Putzfrau bei Faschings-Sitzungen und Besuche auf Wochenmärkten stehen da ebenso in der Bilanz wie der Job eines Zimmermädchens, wo Frau Kramp-Karrenbauer im Landhotel die Betten macht und auf der Terrasse den Kaffee serviert. Ob das aber zu einer guten Landesmutter ausreicht?

Ist Kurswechsel denkbar?

Wie Annegret Kramp-Karrenbauer bereits im Mai auf dem Landesparteitag erklärte, wolle sie „wesentliche Linien von Müllers Politik fortsetzen“. Demnach ist anzunehmen, dass Grundzüge bisheriger CDU-Politik auch von AKK weiter vertreten werden.

Das ist im Übrigen nicht überraschend, gehört doch die Ministerin schon seit dem Jahr 2000 zur Regierungsmannschaft und hat stets alle Kabinettsbeschlüsse mitgetragen, auf allen Posten die vorgegebene Linie voll durchgezogen. Erinnerung sei an ihre Aussage, wonach es zur Schuldenbremse „keine Alternative“ gebe, und das praktische Handeln, als die Sozialministerin anno 2009 tiefe Einschnitte ins soziale Netz gegen öffentliche Kritik verteidigte.

Eine drückende Erblast

Die Bilanz bisheriger CDU-Politik, die von Annegret Kramp-Karrenbauer stets mitgetragen wurde und jetzt als Erb-

last an ihr hängt, ist eigentlich niederschmetternd: „Drei Viertel der Saarländer sind unzufrieden mit der Arbeit der Koalition“, wie die SZ (10.11.10) bereits vor Monaten kommentierte. Das erste Jahr der Jamaika-Koalition gebe keinen Anlass zum Feiern: „Die Wirtschaftsdaten haben sich zwar positiv verändert, aber das liegt hauptsächlich an der guten Konjunktur: Zugleich ist die Verschuldung um eine Milliarde Euro angewachsen“.

Noch nie war der Saar-Schuldenberg so hoch, er hat sich in der CDU-Regierungszeit von 6 auf 12 Milliarden Euro verdoppelt. Noch nie gab es so viele Menschen, die ohne Arbeit oder in ungesicherte Arbeitsverhältnisse gezwungen sind und von Niedriglohn leben müssen. Noch nie war der Abbau von Sozialleistungen so rücksichtslos und der Anstieg von Armut, vor allem bei Kindern, so groß wie gegenwärtig. Und an alledem hat die CDU-Politikerin Annegret Kramp-Karrenbauer mitgewirkt.

Eine lange Negativliste

Doch es gibt noch viele andere Minuspunkte nach 12 Jahren Landesregierung unter Peter Müller:

- **Verschwendung** von mehreren Millionen Euro beim Gondwana-Projekt in Reden, Experten sprachen von „sittenwidrigen Verträgen“

- **Fehlkalkulationen** bei Großprojekten: z.B. Lerchesflur-Justizvollzugsanstalt (plus 23 %), Schengen-Lyzeum in Perl (von 12 auf 20 Mio. Euro), Vierter Pavillon des modernen Museums (von neun auf über 22 Mio. Euro)

- **Skandale**, wie die von Kulturminister Rauber lange Zeit tolerierten üppigen Geldausgaben durch Hr. Melcher v. der Stiftung Saarländischer Kulturbesitz



Kramp-Karrenbauer nach Wahlkrimi neue Ministerpräsidentin

Mit obigem Aufmacher reagierte die SZ am 11. August auf die tags zuvor durchgeführte Abstimmung, bei der Annegret Kramp-Karrenbauer im ersten Wahlgang scheiterte. Erst nach einstündiger Unterbrechung, wo die Koalition erneut vergattert wurde, war die Entscheidung für AKK klar. Ein Abwechler stimmte für SPD-Maas.

- **Versorgungspolitik** für „verdiente“ Mitstreiter durch Schaffung neuer Ministerien und zusätzlicher Stellen im Zuge der letzten Regierungsbildung

- **Wahlwerbung** auf Kosten der Steuerzahler in saarländischen Anzeigenblättern, was vom Verfassungsgericht gerügt wurde und der CDU eine Strafe eingebracht hat

- **Spendenskandale**, wo CDU, FDP und Grüne gleichermaßen von Ostermann geschmiert wurden, sollen nicht unerwähnt bleiben.

Alles in allem erinnert da vieles an Unfähigkeit, Selbstgefälligkeit und Chaos. Ob Kramp-Karrenbauer hier das Ruder umreißen kann, bleibt offen.

Eine neue Landespolitik ist notwendig. Dazu gehört aber nicht nur eine langfristige Planung, die sich auf Wünsche und Erfordernisse der Mehrheit des Volkes stützt und eine zuverlässige Umsetzung in angemessenen Zeiträumen sichert. Vor allem muss die Einnahmesituation der Landeskasse gestärkt werden.

Mehreinnahmen dürfen aber nicht, wie bisher üblich, zu Lasten der kleinen Leute gehen. Endlich müssen die Reichen durch eine Vermögenssteuer herangezogen, Banken und Konzernbetriebe stärker an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligt werden.

Insgesamt muss sich eine neue Landespolitik an demokratischen Rechten und Freiheiten ausrichten und eine aktive Friedenspolitik verfolgen, die auf Einsätze wie in Afghanistan verzichtet und entsprechende Anträge im Bundesrat zur Folge hat.

Europaweiter Druck auf die arbeitenden Menschen:

Künftig erst Rente ab 70 Jahren?

Erneut geraten die Rentner ins Visier der Sozial-Liquidatoren. Diesmal ist es die EU-Kommission welche ihre Mitgliedsstaaten dazu aufgefordert hat, die Lebensarbeitszeit drastisch zu erhöhen. Damit mischt sich die Kommission in Aufgaben der nationalen Regierungen ein und drängt auf rasche Entscheidungen. „Das Problem ist mittlerweile so groß, dass es nicht mehr umgangen werden kann“, wird Kommissionspräsident Manuel Borroso zitiert.

Geht es nach Brüssel, soll das Rentenalter auf 70 Jahre angehoben werden, und das europaweit, weil die „Renten-Zeitbombe in den Händen unserer Kinder explodieren wird, wenn nicht etwas getan wird“.

Solche Argumentation ist nicht nur hinterhältig, weil das Wohl der Kinder vorgeschoben wird, um die bisherige Rentengesetzgebung auszuhebeln, sie ist auch zutiefst verlogen.

Angeblich „finanzieren vier Arbeitnehmer einen Pensionär, nach 2030 müssten zwei Erwerbstätige diese Last schultern. Geburtenrückgang und längere Lebenserwartung werden als Ursachen genannt. Vor diesem Hintergrund stehe die Sozialpolitik vor der Herausforderung, die „Lasten für die Alterssicherung nicht ausufern zu lassen“. Außerdem gehe es darum, der „großen Gefahr der Altersarmut“ durch sinkende Renten zu begegnen.

Das ist natürlich Heuchelei, weil milliardenfache Dauerarbeitslosigkeit zu spürbaren Ausfällen von Beiträgen geführt und damit die Sozialkassen belastet hat. Mehr Erwerbstätigkeit ist notwendig, um den Bestand der Rentenversicherung zu garantieren und Altersarmut zu verhindern.

O, diese Pharisäer

Leute, die in Brüssel wie Maden im Speck leben, wollen dem einfachen Volk das Sparen beibringen. So kassieren Mitarbeiter der EU-Administration bis 17.700 € im Monat. Kommissionspräsident Barroso gibt allein 730.000 Euro für Reisen und Repräsentationszwecke im Jahr aus. Die Gesamtreisekosten der 27 Kommissionsmitglieder summieren sich jährlich auf rund vier Millionen Euro. Diese Leute brauchen sich keine Sorgen wegen Altersarmut zu machen

Vor 100 Jahren kamen auf einen über 65-jährigen noch 12 Erwerbsfähige. 1950 betrug das Verhältnis von Jung zu Alt noch 7:1. Allerdings wurde dieser dramatische demografische Wandel kaum bemerkt, weil florierende Wirtschaft in der Nachkriegszeit und niedrige Arbeitslosenzahlen sowie Ausbau der Sozialsysteme keinen Anlass gaben, die Demografie zu bemühen.

Veränderungen der Bevölkerungsstruktur sind bereits seit über 100 Jahren zu beobachten. Von vier bis fünf Kindern pro Frau im 19. Jahrhundert sank die Geburtenrate über zwei bis drei Kinder und pendelt sich heute auf ein bis zwei Kinder ein. Trotzdem konnten höhere Belastungen der Gesellschaft durch den Alterungsprozess aufgefangen werden, weil die Arbeitsproduktivität enorm zugenommen hat.

Produktivität entscheidend

Im 19. Jahrhundert konnte ein Beschäftigter in der Landwirtschaft kaum mehr als sich selbst versorgen. 1950 versorgte eine Arbeitskraft in der deutschen Landwirtschaft schon 14 andere Menschen, 2002 war das Verhältnis 1 zu 88, eine Steigerung um über 500 Prozent. Ähnlich sieht es in den anderen Wirtschaftsbereichen aus. Gegenüber 1960 wird heute in den alten Bundesländern mit 80 Prozent der gesamten Arbeitsstunden ein mehr als dreifach so hohes Bruttoinlandsprodukt geschaffen.

Die gestiegene Produktivität hat die Sozialsysteme bisher zwei Weltkriege und viele Krisen überstehen lassen. Auch künftig kann die Rentengesetzgebung ohne Anhebung des Rentenalters auskommen, wenn die steigende Produktivität allen zugute kommt und nicht nur die Profitsucht der Bosse befriedigt.



Mit dieser Graphik und einem zwei-Drittel-seitigen Beitrag unter dem Titel: „Die Renten-Zeitbombe“ rückte die Saarbrücker Zeitung am 3. August 2011 das brisante Thema mal wieder in den Vordergrund.

Dazu bedarf es aber einer anderen Wirtschaftspolitik, die vor allem Zukunftsinvestitionen für Arbeit, Bildung und Umwelt zur Hauptaufgabe macht.

Die Sache mit der Altersarmut

Schon heute lebt ein Viertel aller Bundesdeutschen unter der Armutsgrenze, weil die Sozialrente ihre einzige Einkommensquelle ist. Mehr als 6,5 Millionen Menschen - also jeder fünfte Deutsche - werden gezwungen, sich mit Niedriglöhnen abzufinden. Mindestlöhne ist da das dringlichste, was umgesetzt werden müsste.

Heute erreicht nur ein geringer Teil der Beschäftigten das „normale“ Rentenalter. Die meisten müssen früher ausscheiden, weil sie ausgepowert oder durch Arbeitslosigkeit betroffen sind. Über 50-jährige haben wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Renten mit 67 oder gar ab 70 hätten nur die Reduzierung der Bezüge zur Folge, wodurch die Altersarmut verschärft würde.

Nicht längere Lebensarbeitszeit, sondern eine andere Sozialpolitik steht zur Debatte. Die Forderungen von Gewerkschaften und Sozialverbänden dazu sind formuliert. Jetzt müssen sie umgesetzt werden. Dabei ist die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene zu verstärken. Der Vorstoß der EU-Kommission in der Frage Lebensarbeitszeit macht deutlich, dass die neoliberale Politik keine Mittel scheut, um die Arbeitnehmer in die Knie zu zwingen. Umso wichtiger ist es, sich Verbündete für den Kampf zu suchen.

Kindertageseinrichtungen:

Warum sich die DKP gegen die Annahme einer Satzung wehrte?

Beschluss über eine „Satzung für die städtischen Kindertageseinrichtungen“ stand auf der Tagesordnung. Eigentlich wäre das eine Sache gewesen, die man hätte durchwinken können, wenn da nicht ein Pferdefuß genervt hätte. Deshalb stimmte die DKP mit Nein.

Unsere Fraktion hat dafür plädiert, es bei den bisherigen „Richtlinien“ zu belassen. Doch die Verwaltung wollte davon nichts wissen, denn ein wichtiger Grund für die Annahme der Satzung besteht in einer anderen Rechtsgrundlage (öffentlich-rechtlicher Charakter statt privat-rechtlich!), wodurch die Beitreibung von Elternbeiträgen erleichtert wird. Immerhin stehen rund 50.000 Euro an Forderungen aus.

Die Mehrheit im Rat bezog den Standpunkt, dass sich niemand seiner Verpflichtungen entziehen darf, zumal in Notsituationen Anträge auf Hilfeleistungen gestellt werden könnten. Formal ist das sicher richtig, aber der DKP war das zu einfach gedacht.

Für uns war die Frage wichtig, **warum**



Schauübung der Jugendfeuerwehr beim diesjährigen Zeltlager im Jungenwald

manche Eltern die Beiträge nicht zahlen. Meist sind es doch soziale Gründe, weil die Einkommen immer weniger ausreichen, um übernommene Verpflichtungen zu erfüllen. Würden weniger Belastungen auf die Bürger abgewälzt und die Einkommen für Geringverdiener (z.B. Mindestlohn!) verbessert, würden solche Fragen wohl weniger eine Rolle spielen.

Nach unserer Meinung wären wir das Problem auch los, wenn die CDU ihre früheren Versprechungen eingehalten

hätte: „Die CDU Saar wird bei einer Regierungsübernahme die Elternbeiträge für die Kindergärten innerhalb einer Legislaturperiode abschaffen. Dazu wird in einem ersten Schritt ein landeseinheitlicher Elternbeitrag eingeführt. Dieser wird dann schrittweise in fünf Jahren auf Null zurückgefahren“.

Dies ist leider nie realisiert worden, das zeitweise kostenlose dritte Kindergartenjahr wurde wieder eingesackt. Aber die Kindergärten haben als vorschulische Einrichtungen nicht an Bedeutung verloren, deshalb ist es auch unverständlich, dass hier keine Entlastung der Familien erfolgt. Dem gegenüber bezahlt Rheinland/Pfalz die gesamte Kindergarten-Zeit.

Der DKP-Sprecher kritisierte in diesem Zusammenhang, dass für Prestige-Objekte (z.B. Gondwanapark, Museumspavillon) viele Mittel verschleudert werden und das Land jetzt dabei ist, den Kommunen auch noch 16 Millionen Euro zur Rettung der Kultur aufzubrummen. Damit müsse Schluss gemacht und andere Prioritäten gesetzt werden, vor allem was Bildung (auch im Vorschulbereich) angehe.

Regionalverband Saarbrücken: **Jedes vierte Kind ist arm**

9613 Kinder unter 15 Jahren sind Beziehler von Sozialleistungen, das sind 23,8 Prozent aller Kinder, die im Regionalverband Saarbrücken leben. Als arm gelten Familien, die weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens zur Verfügung haben.

Köllerbacher Sportplatz für 308.000 Euro saniert:

Sportfreunde jetzt für Unterhalt zuständig

Der Stadtrat hat mit Mehrheit beschlossen, dass die Sportfreunde Köllerbach die wirtschaftliche Trägerschaft für die gesamte Sportanlage nebst den aufstehenden Gebäuden übernehmen. Damit verbunden ist die einmalige Zuwendung von 308.000 Euro zur jetzt durchgeführten Sanierung des Kunstrasenplatzes.

Künftig ist der Verein für die gesamte Bewirtschaftung der Sportanlage verantwortlich, einschließlich Versicherungen, Energieliefer- und Wartungsverträgen. Diese entfallen künftig beim Eigenbetrieb der Stadt, wodurch Geld eingespart wird. Der Verein bekommt als Ausgleich einen Festbetrag von 8.000 Euro jährlich.

Die DKP konnte dieser Entscheidung nicht zustimmen, weil wir erhebliche Probleme damit haben, dass sich die

Stadt zu einem beachtlichen Teil aus der Verantwortung für Bau und Unterhaltung von Sporteinrichtungen zurückzieht und dem Verein, der ohnehin beachtliche Leistungen in die Sportstätte eingebracht hat, noch weitere Verantwortung aufbürdet und damit das Risiko der Überforderung vergrößert.

Wir wissen, dass Geld in der Stadtkasse knapp ist. Dennoch halten wir das Abwälzen von Verantwortung für nicht vertretbar. Das umso mehr, als auch die anderen Vereine in die gleiche Richtung gedrängt werden und den Weg zu „größerer Eigenverantwortlichkeit“ einschlagen sollen. Die Stadt will sich auf diese Weise nach und nach entlasten, während die Vereine bald nicht mehr wissen, wie sie ihre Existenz sichern sollen.

Weit über 2 Billionen Euro:

Rasanter Aufstieg der Staatsschulden Jeder achte Euro geht an den Zinsendienst

„Deutschland hat die Krise hinter sich gelassen und steht besser da als zuvor“, sagte Bundeskanzlerin Merkel in Berlin, wie in der SZ vom 23.7.11 nachzulesen war. Sie erwähnte das Wirtschaftswachstum und betonte „Deutschland geht es so gut wie lange nicht“.

Schon da stellt sich die Frage, **wem** es so gut geht, etwa den Rentnern und Geringverdienern? Wohl eher nicht. Und weiter ist zu fragen: Wie ist das mit den explodierenden Schulden? Ende 2010 waren es schon 2 Billionen Euro, jeder achte Euro des Bundeshaushaltes muss bereits für den Zinsendienst aufgebracht werden. Und die Belastungen werden ständig größer, weil die Eurokrise (z. B. Rettung d. Währung, Griechenlandesaster u.a.) weitere Schulden zur Folge hat. Doch darüber wird kaum geredet, am wenigsten jedoch davon, dass die Masse der kleinen Steuerzahler - wie so oft - die Zeche zahlen soll. Deshalb unser nachfolgender Beitrag, den wir in gekürzter Form dem Münchener „ISW-Wirtschaftsinfo“ Nr. 44 entnommen haben.

Sprunghaft, um 18 Prozent beziehungsweise 304,4 Milliarden Euro, sind die Schulden von Bund, Länder und Gemeinden bis Ende 2010 angestiegen. Es war der „höchste absolute Zuwachs des Schuldenstandes in einem Jahr seit Bestehen der Statistik“, schreibt das Statistische Bundesamt. Die Staatsverschuldung erreichte damit den **Rekordstand** von fast zwei Billionen Euro (1.998,8 Milliarden Euro) – eine Zahl mit zwölf Nullen. Jeder Bundesbürger – ob Kind, ob Greis – stand damit mit 24.450 Euro in der Kreide.

Beim Bund erhöhten sich die Schulden um 21,9 Prozent (+ 230 Mrd. Euro) auf 1.284 Milliarden Euro. Für ihn wird es zunehmend schwieriger, genügend Gläubiger für seine horrenden Schulden zu finden. Da 2011 Tilgungen für auslaufende Bundesanleihen anstehen, muss der Finanzminister in 2011 neue Wertpapiere (Bundesanleihen und Schatzanweisungen) in Höhe von 302 Milliarden Euro an den Finanzmärkten platzieren.

Die Länder waren zum 31. Dezember 2010 mit 595,3 Milliarden Euro verschuldet. Der Zuwachs betrug hier 13 Prozent = 68,6 Milliarden Euro.

Auch die Kommunen verzeichnen ein Rekorddefizit und stehen vor dem finanziellen Kollaps. Die Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände einschließlich ihrer Extra-Haushalte erhöhte sich zum Ende des Jahres 2010 um 4,9 % (+ 5,6 Mrd. Euro) auf 119,4 Milliarden Euro.



Öffentliche Armut und privater Reichtum

Die Relation der gesamten Staatsverschuldung zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) erreichte Ende 2010 = 80,0 %. Vor der Finanzkrise, Ende 2007, waren es „nur“ 65 Prozent. Wesentlich zum Anstieg beigetragen haben nach Angaben des Statistischen Bundesamtes die zig-Milliarden Euro Staatshilfen für die Banken, insbesondere die 2010 neu gegründeten bzw. in Geschäftsbetrieb gegangenen „Bad Banks“.

Die Banken aber, die zu Lasten der Steuerzahler gerettet wurden, verdienen prächtig an der ganzen Rettungsaktion. Allein der Bund muss zur Bedienung seiner Schulden in diesem Jahr über vierzig Milliarden



Euro Zinsen an seine Gläubiger bezahlen. Pro Bundesbürger sind das knapp 500 Euro.

Der Zinsendienst ist der **zweitgrößte** Etatposten - jeder achte Euro des Bundeshaushalts geht dafür drauf (12 Prozent). Es handelt sich dabei gewissermaßen um regelmäßige staatliche Transferleistungen an Banken und Geldbürger.

„Bei einer ständig steigenden Verschuldung muss auch bedacht werden, dass die Gläubiger des Staates in erster Linie oberen Einkommensschichten entstammen. So wird durch Zinszahlungen das Einkommen in jeder Periode von der großen Gruppe der durchschnittlich wenig verdienenden Steuerzahler (Träger der Zinslast) zur kleinen Gruppe der im Durchschnitt hochverdienenden Zinsempfänger **umverteilt**, ein verteilungspolitisch fragwürdiges Ergebnis“, heißt es in „Die Wirtschaft Heute“ (Meyers Lexikonverlag).

Stefan Bach vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) schreibt: „Die Schulden des einen sind die Forderungen des anderen. Die Staatsverschuldung bietet den privaten Sektoren der Volkswirtschaft breite und (zumindest bisher) sichere Anlagemöglichkeiten.“ (DWI-Wochenbericht 50/2010)

In seiner Untersuchung zu „Staatsverschuldung und gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanz“ kommt er zu dem Ergebnis, dass zunehmende Staatsverschuldung und wachsende Geldvermögen miteinander korrespondieren. Während die privaten Vermögen beträchtlich gestiegen sind, wurde die staatliche Vermögenssubstanz zunehmend ausgezehrt“.



Schweres Bergbaugerät wird derzeit vorbereitet, damit am 27. August das Historische Freiluftmuseum im Umfeld des Viktoriastollens in Engelfangen offiziell vorgestellt werden kann. Der Bergmanns- und Unterstützungsverein Köllerbach bemüht sich, mit Unterstützung der Stadt, durch seinen Einsatz darum, die Geschichte des saarländischen Bergbaus lebendig zu halten.

Neuer Leiter des Baubetriebshofes Püttlingen:

Alles sehr demokratisch gelaufen, aber mit etwas Beigeschmack

Der Stadtrat hatte in der Juni-Sitzung auch über die Neubesetzung einer Stelle des Leiters für den Baubetriebshof zu entscheiden. Da diese Angelegenheit im nicht öffentlichen Teil behandelt wurde, kann hier auf Einzelheiten nicht eingegangen werden. Weil aber das Ergebnis einer Sitzung „veröffentlichungsfähig“ ist, sollen einige Überlegungen dazu erwähnt werden.

Die Stelle war öffentlich ausgeschrieben und unter den insgesamt 21 Bewerbern befand sich auch das FDP-Rats-

mitglied Heiko Klaes. Das ist unproblematisch. Auch Stadtratsmitglieder haben gleiche Rechte wie alle Bürger und können sich bewerben.

Dass aber bei mehreren geeigneten Bewerbern die Wahl ausgerechnet auf den FDP-Kollegen fällt, ist allerdings zu hinterfragen. Dies umso mehr, weil es nicht das erste Mal ist, dass Leute, die für die Mehrheitsfraktion ein Mandat im Stadtrat ausüben, bei einer Bewerbung den Zuschlag bekommen. Die Frage, ob das als Vorteilsnahme im Amt betrachtet werden kann, mag sich jeder selbst beantworten. Jedenfalls hat die Sache etwas Beigeschmack, immerhin wurde ein Mitstreiter der Jamaika-Koalition zum Sieger gekürt.

Herr Klaes gelangt nun in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis, obwohl es das bei vielen anderen Personalentscheidungen kaum noch gibt. Und dass bereits vor der Entscheidung des Stadtrates die Sache im Rathaus als entschieden galt, ist ein weiteres Indiz für die Versorgung eines guten Freundes.

Wetten, dass Herr Klaes kaum gewählt worden wäre, wenn er der SPD-Fraktion oder gar der DKP angehört hätte?



Streiflichter des kommunalen Geschehens

Kurz und knapp

Busfahrer Rudi Löw ist im Juli vom Unternehmen Lay in den Ruhestand verabschiedet worden. Durch seine langjährige Tätigkeit beim Ringverkehr wurde der gebürtige Köllerbacher weit über der Kreis der Benutzer des öffentlichen Nahverkehrs hinaus bekannt. Seine freundliche Umgangsweise hat ihm viele Freunde gebracht, auch bei der DKP-Stadtzeitung. Immer, wenn „pro + kontra“ beim Infostand vor dem Rathaus verteilt wurde, bekam auch Rudi Löw sein Exemplar, welches er dann als Lektüre während den Wartezeiten nutzte. Wir wünschen dem Neurentner alles Gute für die Zukunft.

*

Radarfallen werden sie im Volksmund genannt. Solche Überwachungsanlagen werden jetzt an stark frequentierten Stellen in Püttlingen probeweise für ein halbes Jahr fest installiert. Die DKP hat dieser Maßnahme nicht widersprochen, weil rücksichtslosen Rasern in der Stadt endlich Einhalt geboten und die Sicherheit der Bürger erhöht werden muss.

*

Eine neue Straße zur Püttlinger Klinik wünschen sich die Anlieger der bisherigen Zubringerstraßen. Doch daraus wird nichts. Nachdem schon im Frühjahr ein Antrag der DKP-Fraktion zur Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie abgeschmettert wurde, ist in der Juni-Sitzung auch ein Antrag der SPD abgelehnt worden, der vom Land einen Zuschuss für den Straßenausbau zur Klinik beantragen sollte. Nur DKP und Linke unterstützten die SPD-Initiative.

*

Die Jugendfeuerwehr führte am 4. August während ihres üblichen Zeltlagers an der Edelweißhütte eine Schauübung durch. Wie fast jedes Jahr war auch ein Vertreter der DKP zugegen.



Viele Bürger sind froh darüber:

Die Verbindung vom Breitfeld zum Köllerpädsche ist wieder benutzbar

Es ist der 23. Juli und nach vielen regnerisch-kühlen Tagen scheint vormittags endlich mal die Sonne. Eine gute Gelegenheit, sich einmal anzuschauen, wie die neue Verbindung vom Breitfeld zum Köllerpädsche geworden ist. Der Weg wird von vielen Bürgern gut angenommen.

Bekanntlich ist die Fußgängerbrücke, die schon längere Zeit aus Sicherheitsgründen gesperrt war, im vergangenen Herbst abgerissen worden. Damit war für die Anlieger des Wohngebietes Breitfeld keine direkte Verbindung mehr zum Trimmtreff und zum Wiesenpfad nach Köllerbach gegeben. Vor allem Spaziergänger und Sportfreunde haben das sehr bedauert.

Es war klar, dass eine Lösung gefunden werden musste, welche die prekäre



Noch fehlt an dieser steilen Strecke ein Geländer, um auch bei winterlichen Verhältnissen eine gewisse Sicherheit zu bieten.

Finanzlage der Stadt zu berücksichtigen hatte. So wurde denn beschlossen, einen Zickzackweg in den Hang zu bauen, der möglichst wenig Kosten verursacht. Herausgekommen ist ein Pfad, der in engen Kurven nach oben führt (siehe unser Foto) und für ältere oder gehbehinderte Menschen kaum zu bewältigen ist. Und mancher Radfahrer muss seinen Tretesel schon mal schieben.

Dennoch ist diese Notlösung (ein lang gezogener Weg mit sanfterem Anstieg wäre natürlich besser - und auch wesentlich teurer - gewesen!) eine Erleichterung für viele, die jetzt diese Abkürzung gerne in Anspruch nehmen. Einer, der den Weg auf der alten Bahntrasse täglich benutzt (auf dem Foto bei einer kurzen Ruhepause), hat sich positiv über den neuen Aufstieg zum Breitfeld geäußert: „Es ist gut, dass diese Ver-

bindung jetzt da ist!“ Bei gleicher Gelegenheit berichtet er, dass es da noch ein Problem gibt, welches den Trassenweg in Richtung Püttlingen betrifft.



Die Abfahrt auf das alte Köllerpädsche ist dort recht gefährlich, weshalb auch ein Warnschild aufgestellt ist. Aber kein Schild kann verhindern, dass es zu einem Sturz kommt, falls ein Radfahrer bei der Abfahrt ganz plötzlich abbremsen muss. Das dortige Geröll stellt eine große Gefährdung dar. Die Verwaltung sollte überlegen, ob es nicht besser wäre, diesen gefährlichen Bereich mit einer Teerdecke zu versehen, um Unfälle möglichst zu vermeiden. Ein Warnschild reicht da nicht.

DKP gab ihre Zustimmung:

Seniorenbeirat kann für Püttlingen nützlich ein

Der Stadtrat hat in der Juni-Sitzung einstimmig die Gründung eines Seniorenbeirates der Stadt Püttlingen beschlossen. Die dazu angenommene Satzung besagt, es sei Ziel, den Seniorinnen und Senioren „möglichst lange eine selbstbestimmte Lebensführung zu gewährleisten“. Das ehrenamtliche Engagement der älteren Mitbürger in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen soll gefördert werden.

Angesichts der nicht zu übersehenden Zunahme der älteren Bevölkerung war es für die DKP selbstverständlich, dem vom Seniorenbeauftragten eingebrachten Vorschlag zuzustimmen. Der Seniorenbeirat kann sinnvoll sein, wenn er nicht auf ein Vollzugsorgan der Verwaltung beschränkt, sondern als Basis gesehen wird, die vielfältigen Probleme der älteren Menschen zu benennen, Lösungswege zu diskutieren und an der Umsetzung teilzuhaben.

